



BürgerInnenbrief

28. Februar 2013

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Mieten-Lügen +++ König Olaf +++ Wilhelmsburg: Autowahn +++ Dabei sein ist nicht alles +++ Mindestlohn von LINKS

LEERgang



Demo gegen Mietenwahnsinn, 10.1.2012 (Foto: C. Hannen)

Mit arg verlogenen Darstellungen oder doch zumindest die Probleme zudeckend, so werden teilweise die Wohnungsnot und der Mietenwahnsinn in der Stadt bagatellisiert und zu rechtgebogen. Beispielhaft dafür war am 23./24. Februar ein doppelseitiger Artikel im »Hamburger Abendblatt« mit dem Titel: »Zwischen Leerstand und Notstand«.

Darin wird ein Wohnungsmangel lediglich in den innenstadtnahen Wohnlagen gesehen. Dagegen behauptet die Maklerin Claudia Witthöft aus Sasel: »Das Mietangebot ist derzeit hier bei uns so groß wie nie.« Und der Vorsitzende des Grundeigentümerversandes, Heinrich Stüven, ergänzt, dass er erst kürzlich eine Wohnung in Hamm vermietet habe, »nach vier Monaten Leerstand, weil sich kein Mieter fand! Ach, der Arme.« Zudem hat sich, so die Abendblatt-Redakteure Oliver Schirg und Axel Tiedemann, »der Preisanstieg bei den Mieten in Hamburg offensichtlich wieder beruhigt«. Na, dann brauchen wir ja keine Sorge zu haben, wenn's um den neuen Mieterspiegel geht, der Ende dieses Jahres vorgelegt wird und für den in den kommenden Monaten die nötigen »Fortschrei-

bungen« erfolgen müssen. Völlig ignoriert wird in dem Artikel der Umstand, dass weniger diejenigen Menschen ein Problem haben, die irgendwohin – konkret in die City – ziehen wollen, sondern dass es in erster Linie die MieterInnen sind, die hier bereits wohnen und Gefahr laufen, verdrängt zu werden.

Laut repräsentativer Umfrage der »Hamburger Morgenpost« fürchteten im letzten Herbst mittlerweile 59,7%, wegen der Mietenexplosion in absehbarer Zukunft die eigene Wohnung nicht mehr bezahlen zu können (Mopo vom 21.10.2012). Und woher kommt es wohl, dass die Wohnungssituation in allen Umfragen in letzter Zeit auf der Unzufriedenheitsskala der HamburgerInnen ganz oben rangiert? So sind laut aktueller Erhebung 55% der BürgerInnen »mit der Wohnungsbaupolitik unzufrieden« (Abendblatt, 23./24.2.2013). Den größten »Nachholbedarf« sehen 34,8% der Befragten im Wohnungsbau, dementsprechend ist in dieser Umfrage Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau auf dem letzten Platz gelandet: Nur 2,5% halten sie für diejenige unter den SenatorInnen, die den bes-

ten Job gemacht hat (Mopo, 22.2.2013). Also alles nicht so dramatisch auf dem Hamburger Wohnungsmarkt?

Wer ein vergleichsweise hohes Einkommen hat, der braucht sich in dieser Stadt auch um seine Unterkunft keine Sorgen zu machen. Insofern: Ja, Wohnraum ist genug vorhanden für diejenigen, die ohne Schwierigkeiten 12, 14 oder gar 18 Euro pro Quadratmeter oder für eine Eigentumswohnung mal eben 500.000 oder gar eine Mio. Euro hinblättern können. Selbst das »Abendblatt« meldete unter Berufung auf das Forschungsinstitut F&B am 8. Dezember 2012, dass in den vorausgegangenen fünf Jahren die Durchschnittsmieten in Hamburg um 19,7%, in München »nur« um 14% angestiegen seien, deutlich stärker als die Inflationsrate und beträchtlich stärker als die Reallöhne. Mit dem Ergebnis, dass »in Hamburg die durchschnittliche Mietbelastung bei mittlerweile mehr als 40 Prozent des Einkommens liegt«, so eine Vergleichsstudie des Immobilienverbandes Deutschland. »Viele Rentner und Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen«, heißt es dort, »müssen sogar mehr als die Hälfte ihres Einkommens für das Wohnen ausgeben« (Abendblatt, 8.12.2012).

Vor diesem Hintergrund ist natürlich der länger andauernde Leerstand und auch die Zweckentfremdung von Wohnraum (sei es für Büros oder als Ferienwohnungen) einer der größten sozialpolitischen Skandale. Allzumal, wenn trotz gesetzlicher und demnächst verbesserter Möglichkeiten (Probleme für VermieterInnen bei einem Wohnungsleerstand ab drei Monaten) das Personal in den Bezirken hinten und vorne nicht reicht, um die nötigen Überprüfungen vornehmen zu können. Deshalb haben sich vor knapp zwei Jahren AktivistInnen aus dem Gängeviertel und dem Netzwerk Recht auf Stadt aufgemacht, den Leerstand auf eigene Faust zu recherchieren und anzuprangern. Der dafür geschaffene »Leerstandsmelder« umfasst gegenwärtig 693 Eintragungen über

Leerstände in ganz Hamburg, hat aber mittlerweile auch Akteure in elf anderen, vor allem deutschen Städten angeregt, ebenfalls in dieser Richtung tätig zu werden.

Diese Aktionen haben so viel Resonanz erfahren, dass sich Hamburger LeerstandsmelderInnen entschlossen haben, vom 22. bis 24. März zu einem Kongress ins Gängeviertel (Valentinskamp 39) einzuladen. Das Programm sieht für Freitag, den 22. März, um 19.00 Uhr, den Start mit einer Diskussion zur »Ware Wohnraum« mit einem Vortrag von Prof. Bernd Belina (Universität Frankfurt) vor, um 20 Uhr gefolgt vom Stadtplaner und Leerstandsmelder-Mitbegründer Michael Ziehl mit einem Beitrag zu »Leerstand und Nutzen«. Am Samstag stellen sich ab 10 Uhr diese Leerstandsmelder-Initiativen vor: Autonomes Architektur Atelier, Bremen; BonnBunt, Bonn; Die Urbanisten, Dortmund; Gängeviertel, Hamburg; Görlitz 21, Görlitz; IG Kultur, Wien; Kümmerei, Gießen; Lu 15, Tübingen; Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen, Frankfurt; Neubasel, Basel; openBerlin, Berlin; Raumpiraten, Kaiserslautern.

Es folgen eine Besichtigung des Gängeviertels (13 Uhr) und nach einer Pause zwei Workshops (um 15.00 Uhr zur Ausrichtung; um 17.30 Uhr zur Trägerstruktur), ab 21 Uhr steigt das Kulturprogramm. Am Sonntag geht es um 10 Uhr mit einem dritten Workshop weiter (Ausbau der Leerstandsmelder). Nach dem Mittagessen werden die Ergebnisse zusammengetragen (13 Uhr) und ein Abschlussplenum abgehalten (15 Uhr), gegen 17 Uhr ist Feierabend.

Die Veranstaltung wird organisiert von den ehrenamtlichen Leerstandsmelder-Initiativen, Kooperationspartner sind die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Landeszentrale für politische Bildung, fachliche Unterstützung gibt es von Bernd Leutner (F&B). Wir drucken nachfolgend den Kongressaufruf ab.



Städte sind voller Leerstand. Gleichzeitig suchen viele Menschen nach bezahlbaren Wohnungen, Arbeitsräumen und Orten, um Ideen auszuprobieren. Doch beides findet nur schwer zusammen. Das hat viele Ursachen, die es abzubauen gilt, denn Leerstand bedeutet die Verschwendung städtischer Ressourcen. Gleichzeitig bietet er eine Chance, um unsere Städte sozial gerechter und nachhaltiger zu gestalten.

Daher gibt es seit Dezember 2010 leerstandsmelder.de. Inzwischen wird die Internet-Plattform nicht nur in zehn deutschen Städten von lokalen Initiativen betrieben, sondern hat auch den Sprung nach Österreich und in die Schweiz gemacht und sich so zu dem Leerstands-Netzwerk im deutschsprachigen Raum entwickelt.

Das ist Anlass genug, um die verschiedenen Betreiber-Initiativen kennenzulernen und Erfahrungen auszutauschen, Expert_innen zu den Ur-

sachen von Leerstand anzuhören und darüber zu diskutieren, sowie gemeinsame Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten und die Zukunft von leerstandsmelder.de zu planen.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, an den Vorträgen teilzunehmen und sich in den Workshops und Diskussionen einzubringen. Die Teilnahme ist kostenlos, allerdings sind die Plätze begrenzt. Daher wird um eine verbindliche **Anmeldung per E-Mail (kontakt@leerstandsmelder.de) bis zum 15. März 2013** gebeten. Das Programm und weitere Informationen gibt es unter www.leerstandsmelder.de.

König Olaf und die Bodenhaftung

von Joachim Bischoff



Royale Kulisse: Ansprache des Bürgermeisters beim Matthiae-Mahl, 22.2.2013, im Rathaus (Foto: dpa)

»Bisher ist das Regieren für König Olaf recht bequem« – so die »Bild Hamburg« -, »vor allem auch, weil er als erster SPD-Bürgermeister auch gleichzeitig Parteichef ist. Er hat seine Senatorinnen und Senatoren, die Fraktion und Partei absolut unter Kontrolle, anders als frühere SPD-Bürgermeister. Wenn er es schafft, Senat, Partei und Fraktion weiter geschlossen zu halten, kann er noch viel Gutes für Hamburg bewirken.« Das ist doch eine beeindruckende Zwischenbilanz zur Mitte der Legislaturperiode.

König Olaf hat das Sagen, und aus Partei oder Fraktion gibt es weder Unruhe noch Konkurrenz. Aber Olaf Scholz steht vor einer harten zweiten Halbzeit. Warum hart? Auf dem Weg zu einem erneuten Wahlsieg Anfang 2015 müssen einige Probleme des vernünftigen Regierens in den Augen der BürgerInnen deutlicher als in den letzten beiden Jahren bewegt werden. Die wichtigsten Themen:

Energienetze: König Olaf ist beliebt, seine Strategie bei den Strom-, Gas- und Fernwärmeleitungen ist es nicht. Fast zwei Drittel der Bevölkerung wollen beim Volksentscheid im

September 2013 für den 100-prozentigen Rückkauf der Netze stimmen – gegen den Willen des Senatschefs. König Olaf und die SPD wollen darum die Stimmung drehen.

Die Mehrheit der Hamburger BürgerInnen liegt bei der **Rekommunalisierung** und der Gründung von Stadtwerken – eines Verbundes von öffentlicher Versorgung in den Bereichen Personenverkehr, Wohnungen, Energie und Abwasser – voll im Trend. In den großen Städten gibt es eine große Sympathie für kommunale Stadtwerke. In vielen Fällen ist eine Erhöhung der Anteile kommunaler Beteiligung an den Stadtwerken erkämpft worden. Seit 2007 sind mehr als 60 Neugründungen von Stadtwerken und gut 170 Übernahmen von Konzessionen der Gemeinden oder ihrer Unternehmen zur Verteilung von Strom und Gas in kommunalem Eigentum registriert worden. Das historisch niedrige Zinsniveau erlaubt eine Übernahme von Netzen für die Kommunen, auch wenn diese überwiegend wegen der strukturellen Unterfinanzierung hoch verschuldet sind. Sofern die Netzbetriebe nicht defizitär sind, kann der Kaufpreis in der Regel aus den Dividen-

den finanziert werden, sodass die Transaktion zumindest in der Anfangszeit den öffentlichen Haushalt nicht belastet.

Auch die **Ökonomie** macht Olaf zunehmend Probleme: Nach gutem Start zu Jahresbeginn 2012 hat sich die konjunkturelle Entwicklung auch in Hamburg im Laufe des letzten Jahres mehr und mehr verlangsamt, im Schlussquartal trat sogar ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung ein. Hauptursache für diesen Abschwung war, dass sich die Wirtschaft immer weniger der im Euroraum ausbreitenden Rezession entziehen konnte. Vor dem Hintergrund der flauen Konjunktur muss 2013 von einer Fortsetzung der Negativentwicklung bei den Steuereinnahmen ausgegangen werden. Im November und Dezember 2012 verzeichneten die Hamburger Finanzämter deutlich geringere Einnahmen als in den entsprechenden Vorjahresmonaten, sodass für das Gesamtjahr nur noch ein leichtes Plus von 118 Mio. Euro zu verzeichnen war. Die Hoffnung auf rasche Besserung ist unrealistisch. Da der SPD-Senat eine antizyklische Politik, die in der Krise mit vermehrten öffentlichen Investitionen und einer Stärkung der privaten Nachfrage gegensteuert, verweigert und an seiner krisenverschärfenden Haushaltskonsolidierungspolitik festhält, lässt das nichts Gutes für die Stadt erwarten.

Konkret: Die **Schiffahrtskrise** hält an. Die Deutsche Bundesbank hat vor Risiken für Banken infolge der schweren Krise in der Schiffahrtsbranche gewarnt. Diese Krise berührt Hamburgs Wirtschaft im Kern. Die Finanzierung immer größerer Schiffe und ein »Absturz der Frachtraten in ungeahnte Tiefen« stellen ein beträchtliches Risiko dar. Weil die Frachtraten und die Charraten niedrig, die Reedereien finanziell ausgezehrt sind und die AnlegerInnen in Schiffsfonds nichts mehr nachschießen, leidet der gesamte Sektor inzwischen an Geldmangel. Ein Ende der Krise ist nicht absehbar, weil immer noch neue und größere Schiffe auf den Markt kommen, die in guten Zeiten bestellt wurden. Immer mehr Schiffsfonds gehen jedoch in die Insolvenz oder in die Sanierung – oder die Schiffe werden gebraucht verkauft, zum Teil zum Schrottwert.

Die **HSH Nordbank** hat zum Beispiel mehr als 30 Mrd. Euro an Schiffskrediten vergeben und ist wegen der hohen Risikovorsorge für diesen Bereich tief in die roten Zahlen geraten. Die Commerzbank hat das Schiffsgeschäft im vergangenen Sommer komplett aufgegeben. Auch bei anderen Banken wie der NordLB ist das Neugeschäft weitgehend zum Erliegen gekommen.

Mit der Schiffahrtskrise werden die Unternehmensbeteiligungen der Stadt in die roten Zahlen gerissen: Die dauerkriselnde HSH Nordbank braucht Milliarden zusätzlicher Garantien. Das allein gefährdet die Haushaltskonsolidierung, ein Hauptversprechen des Wahlkämpfers Scholz. Schreibt die Landesbank auch dann weiterhin rote Zahlen, droht der GAU einer HSH-Pleite. Kaum weniger dramatisch ist das Szenario für **Hapag-Lloyd**. Sollte die maritime Wirtschaft nicht endlich Fuß fassen, müssen wohl die SteuerzahlerInnen die Defizite ausgleichen. Der Schuldige wäre Scholz höchstselbst. Er hatte dafür gesorgt, dass Hamburg zum größten Anteilseigner der Reederei aufstieg. Auch andere Unternehmensbeteiligungen werden der Hansestadt geringere Einnahmen beschere-

Elbphilharmonie: Auch Pragmatiker Scholz hat die Kuh beim Konzertsaalbau nicht vom Eis geholt. Noch verhandelt er mit dem sperrigen Baukonzern Hochtief über einen Vertrag zur Fertigstellung mit Preisbremse. 200 Mio. Euro Mehrkosten will der Bürgermeister akzeptieren, was die Gesamtsumme aus öffentlichen Mitteln auf 575 Mio. Euro schraubt. Scholz weiß: Findet er keinen Ausweg aus dem Fiasko, zahlt er persönlich mit seiner wichtigsten Währung drauf, mit seiner Glaubwürdigkeit und seinem Image als Erfolgspolitiker.

Wohnungsbau: »Der Wohnungsbau ist nach wie vor das wichtigste Thema in Hamburg«, sagt Scholz. Aber eine fühlbare Verbesserung beim Mietenanstieg und Wohnungsmangel ist noch nicht in Sicht. Trotz erhöhten Bauvolumens reißen die Hiobsbotschaften in Sachen Mietensteigerungen nicht ab, fallen immer noch viel mehr Sozialwohnungen aus der Bindung, als neue geschaffen werden.

Die erste Halbzeit ist rum, der Titelverteidiger liegt klar in Front. 51% der HamburgerInnen würden SPD wählen, wäre jetzt Bürgerschaftswahl; 62% würden Scholz zum Bürgermeister küren. Zur Hälfte der Wahlperiode darf »König Olaf« hoffen, als erstes Hamburger Stadtoberhaupt eine absolute Mehrheit zu verteidigen. Scholz: »Ich weiß, dass es außergewöhnlich ist, dass die Umfragewerte jetzt sogar besser sind als bei der Bürgerschaftswahl. Ich bin dafür dankbar, und dieses Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger bewegt mich wirklich. Das ist etwas, das ich nicht ungerührt zur Kenntnis nehme.« Sein Rat daher an die KritikerInnen der SPD-Politik: Auch im Hinblick auf Umfragewerte wäre die Opposition gut beraten, eine Idee von Bodenhaftung zu entwickeln.



VorortLINKS
Analysen | Ansichten | Alternativen

Kontakt | vorortLINKS | Newsletter | Links | Impressum

Nordlinks, ein auch von Joachim Bischoff mitbegründetes »unabhängiges linkes Projekt, der LINKEN wohlgesonnen, aber immer auf der Suche nach breiteren Kooperationen«, lädt ein zu einem weiteren Treffen:

Am **Dienstag, den 5. März**, um 18.30 Uhr, werden in der »Kaffeewelt« (Böckmannstraße 3) die Ergebnisse einer neuen Untersuchung über das Alltagsbewusstsein gewerkschaftlich organisierter Lohnabhängiger vorgestellt und über mögliche Schlussfolgerungen diskutiert. Mehr unter: www.vorort-links.de.

Wundersame Verwandlung einer Bundesstraße

von Heike Sudmann



WilhelmsburgerInnen protestieren vor dem Rathaus (Foto: M. Joho)

Um was geht es?

Die B4/75 bzw. Wilhelmsburger Reichsstraße (WRS) ist eine vierspurige Straße, die quasi auf einem Damm durch Wilhelmsburg verläuft. Die von ihr ausgehende Verkehrs- und Lärmbelastung wirkt sich negativ auf große Bereiche auf der Elbinsel aus. Deshalb war die Verlegung der WRS auch schon ein wichtiges Thema auf der Zukunftskonferenz Wilhelmsburg 2001/2002.

Doch während kurz nach der Jahrtausendwende die WilhelmsburgerInnen mit der Verlegung positive Entwicklungen verbanden, versuchen die verschiedenen Senatsregierungen seitdem, die Verlegung für eine Vergrößerung der Straße zu nutzen.

Aufgrund des Protestes der BürgerInnen wurde im letzten Jahr das »Beratungsgremium Verkehr Wilhelmsburg/Veddel« gegründet. Dem Beratungsgremium gehören Mitglieder der im Regionalausschuss Wilhelmsburg/Veddel zusammenkommenden Fraktionen sowie VertreterInnen der Beiräte Wilhelmsburg und Veddel, des Sanierungsbeirats S6, des Bürgervereins Wilhelmsburg, des Vereins Zukunft Elbinsel, des Verein Kirchdorfer Eigenheimer, der Engagierten Wilhelms-

burger, der Klagegemeinschaft Rechtsschutz Lebensqualität Wilhelmsburg sowie örtlicher Gewerbebetriebe an.

Das Positionspapier des Gremiums vom 3. Dezember 2012, das u.a. eine Begrenzung der Geschwindigkeit auf der neuen WRS auf maximal 60 km/h fordert, hat die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte einstimmig übernommen. Damit könnte alles gut werden. Doch der Senat und die SPD-Bürgerschaftsfraktion ignorieren einfach das Ergebnis der Beteiligung.

Das alte Spiel geht weiter: tarnen, täuschen, tricksen

Schwarz-grün hat es gemacht, die SPD macht es auch. Sie **tarnt** die Planung einer Autobahn durch Wilhelmsburg, indem sie die Straße nicht Autobahn nennt. Doch tatsächlich soll die neue WRS so groß werden wie eine Autobahn.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion bittet den Senat nun zu prüfen, »ob und welche Möglichkeiten gesehen werden, im Rahmen der Ausführungsplanung die Fahr- und Standstreifenbreiten z.B. durch Vergrößerung der begrünten Seiten- und Mittelstreifen oder durch geeignete Markierung zu reduzieren« (Bürgerschaftsdrucksache 20/6869 vom 12.2.2013). Sieht so die Ablehnung einer Autobahn aus? Alle Hintertüren blei-

ben offen, eine Markierung oder eine Begrünung ist schnell rückgängig zu machen.

Im Rahmen des Erörterungsverfahrens zur Planfeststellung für die WRS 2012 wurde seitens der BehördenvertreterInnen darauf hingewiesen, dass die Fixierung einer Höchstgeschwindigkeit auch von den baulichen Gegebenheiten einer Straße abhängig sei. So könne eine Festlegung auf 80 km/h im Rahmen der Planfeststellung nicht bindend sein, wenn die Gestaltungsparameter der Straße auch ein höheres Tempo erfordern bzw. ermöglichen. Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE beantragt, dass der Querschnitt einer verlegten WRS baulich und rechtlich die Höchstgeschwindigkeit auf 60 km/h begrenzt (Bürgerschaftsdrucksache 20/6900). Das entspricht auch den Forderungen des Beratungsgremiums - und wurde prompt von allen anderen Fraktionen in der Bürgerschaft (auch von den GRÜNEN) abgelehnt.

Die SPD **täuscht** die BürgerInnen, indem sie behauptet, die jetzige Straße sei auf keinen Fall mehr verkehrstauglich. Das Gutachten von Prof. Knoflacher (verkehrswissenschaftlicher »Beistand« des im letzten Jahr installierten Beratungsgremiums) hat das widerlegt. Diese Aussage bekommt vor dem Hintergrund, dass der Damm, auf dem die WRS verläuft, nun doch nicht abgetragen werden und geplante Zu- und Abfahrten mitten in Wilhelmsburg über hohe Rampen erfolgen sollen, eine ganz neue Bedeutung.

Die SPD **trickst** die BürgerInnen aus, indem sie ein Beteiligungsgremium installiert, aber ohne Rücksicht auf die Ergebnisse ein Planänderungsverfahren betreibt. Bei der bunten Mischung des erwähnten Beratungsgremiums mag manche/r SPDler/in die Hoffnung gehabt haben, dass es nie zu einer Einigkeit käme. Doch nun liegt eine klare, einheitliche Positionierung vor, die verkehrspolitisch fundiert ist und die SPD in Schwierigkeiten bringt.

Die Not dieser Partei scheint so groß zu sein, dass sie selbst vor hanebüchenen Anträgen nicht zurückschreckt. Statt der geforderten Höchstgeschwindigkeit von 60 km/h will sie nun 70 km/h. Bei einer Gesamtlänge der neuen WRS von ca. 5 Kilometern würde das die Fahrzeit um knapp 40 Sekunden verkürzen. Jeder vernünftig denkende Mensch fragt sich da, weshalb sich die SPD für 40 Sekunden Zeitgewinn gegen die BürgerInnen stellt.

SPD gönnt WilhelmsburgerInnen kein »ungetrübtes Erlebnis«

Nicht für die WilhelmsburgerInnen, sehr wohl aber für die BesucherInnen der Internationalen Gartenschau (igs) ist die SPD sogar bereit, auf der vorhandenen WRS Tempo 50 einzuführen. In einer Pressemitteilung der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation vom 28. Januar mit dem Titel »OPA sorgt für Ruhe - Kein LKW-Fahrverbot auf der Wilhelmsburger Reichsstraße während der igs 2013« heißt es: »Die Wilhelmsburger Reichsstraße wird zur igs 2013 in ihrer jetzigen Lage noch vorhanden sein. Um den Besuchern der Ausstellung ein ungetrübtes Erlebnis bieten zu können, sind Maßnahmen zum Schutz vor Verkehrslärm festgelegt worden. Dazu gehört neben dem Einbau von lärmminderndem As-



Klare Ansage zur und auf der Reichsstraße (Foto: M. Joho)

phalt (OPA = offenporiger Asphalt) und temporären Sicht-/Lärmschutzwänden auch die Sperrung der Wilhelmsburger Reichsstraße für LKW über 7,5 t während der täglichen Öffnungszeiten der igs 2013 von 9 bis 22 Uhr. Für alle Fahrzeuge soll die Höchstgeschwindigkeit auf 50 km/h begrenzt werden. Im vergangenen Jahr wurden Sicht-/Lärmschutzwände und OPA eingebaut. Vorlaufend und begleitend ist die Lärmsituation überprüft worden. Die Auswertung hat ergeben, dass der für das Ausstellungsgelände angesetzte mittlere Schallpegel von 60 dB (A) bei zusätzlicher Reduzierung der Geschwindigkeit auf 50 km/h bereits eingehalten werden kann. Eine Sperrung für LKW über 7,5 t für die gesamte Dauer der igs ist damit entbehrlich.«

Während es für die igs-BesucherInnen um ein kurzzeitiges, ungetrübtes Erlebnis geht, sind die BewohnerInnen im Umfeld der WRS dem Verkehrslärm Tag und Nacht bis mindestens 2017, dem frühesten Realisierungstermin einer Verlegung, ausgesetzt. Deshalb hat die Linksfraktion beantragt, sofort und dauerhaft auf der bestehenden WRS die Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 50 km zu begrenzen. Doch auch dies wurde von der Mehrheit der Bürgerschaft abgelehnt.

Die Linksfraktion fordert ein Ende des Tarnens, Täuschens, Trickens. Eine Entscheidung zur WRS kann es nur geben, wenn alle Fakten und die Ergebnisse der Beteiligung berücksichtigt werden. Eines ist jetzt schon klar: Ohne Gesamtverkehrskonzept für Wilhelmsburg und ohne Einbettung in die Entwicklung dieses Stadtteils darf nicht gebaut werden. Gigantomanie ist nicht erforderlich, kleiner und langsamer ist besser.

Nach den Untersuchungen von Prof. Knoflacher muss auch der Senat seine Ausgangsposition verändern. Wenn diskutiert und entschieden werden soll, dann auf der Grundlage einer schlanken, anbaufreien, maximal vierspurigen Bundesstraße mit Tempo 50, höchstens 60 km/h.

Mehr Infos finden sich unter www.wilhelmsburger-reichsstrasse.de/

Es rettet uns kein höh'eres Wesen

Stadtteilgruppe Hamm/Horn/Borgfelde der LINKEN



Jahrelang ungenutzt: Kapernaumkirche in Horn (Foto: M. Fisch)

Über fast zwei Jahrzehnte war die muslimische Al-Nour-Gemeinde unter höchst unwürdigen Bedingungen – in einer Tiefgarage im Kleinen Pulverteich – angesiedelt. Mit dem Erwerb der 2005 verkauften und längst entwidmeten Kapernaumkirche in Horn bietet sich der Moscheegemeinde endlich eine vernünftige räumliche Perspektive. Doch der islamophobe, latent ausländerfeindliche Widerspruch von Teilen der Konservativen und aus Kirchenkreisen und erst recht die Ankündigung der Neonazis, im März gegen die neuen EigentümerInnen zu demonstrieren, hat die jüngsten Ereignisse längst zum hamburgweiten Thema gemacht. Wir nehmen hier daher gerne ein Statement der LINKEN vor Ort auf:

Zu den lautesten Bedenkenträgern gegen die neuen BesitzerInnen der Kapernaumkirche an der Washingtonallee gehörten in den letzten Wochen CDU-VertreterInnen in Hamburg, ganz vorne Marcus Weinberg. Nun wollte ausgerechnet die CDU-Bezirksfraktion zur »offenen Fragestunde« in den Regionalausschuss einladen. Ihr Antrag dazu wurde am 12. Februar kurz vor der Sitzung am selben Tag vorgelegt. Der Antragstext bemüht sich um »Dialog«-Orientierung, doch die vorherigen Äußerungen waren nicht dazu angetan, Vertrauen zu erwecken. Daher haben wir als DIE LINKE mit den anderen Fraktionen dafür gestimmt, ihn nicht als Dringlichkeitsantrag mit auf die Sitzung zu nehmen, sondern ihn zu vertagen.

Zum Hintergrund: Seit Monaten bekümmert sich die CDU um das Gelände der Kapernaumkirche. Aber nicht die Tatsa-

che, dass ein öffentlich nutzbares Gebäude von der Kirche verkauft wurde und zehn Jahre im Dornröschenschlaf liegt, stand dabei im Vordergrund. Wiederholt kamen stattdessen die Obdachlosen ins Visier, die sich im Schutz des Vordachs »häuslich« eingerichtet hätten und als »unliebsame Elemente« empfunden wurden, die es aus dem Blickfeld zu rücken gelte.

DIE LINKE stellt klar: Wir begrüßen die neue Moschee in der Kapernaumkirche und freuen uns, dass das architektonisch erhaltenswerte Gebäude mit der Al-Nour-Gemeinde eine neue Nutzung erfährt. Krokodilstränen über die Umwidmung einer Kirche können wir nicht mitweinen, diese Veränderungen sind auch Ausdruck einer veränderten Zusammensetzung der Bevölkerung. Dagegen kann die immer noch vorzufindende Lage vieler Moscheen in Gewerbegebieten und Hinterhöfen oft als beschämend bezeichnet werden. Gerade auch die Bilder von der Tiefgarageneinfahrt in St. Georg, wo die Al-Nour-Gemeinde bislang ihre Gottesdienste abhält, zeigen, auf welche Weise sich Einwanderer in der Bundesrepublik mit ihrem Glauben arrangieren müssen.

Ansonsten hoffen wir, dass das Miteinander der Kulturen nach der Aufregung der letzten Wochen, die auch von einzelnen »christlichen« KirchenvertreterInnen geschürt wurde, wieder in friedlichere Bahnen kommt. DIE LINKE achtet die Kirchen und Religionsgemeinschaften und spricht sich gegen Diskriminierung aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Religion aus, ebenso wie sie sich gegen jeglichen politischen Missbrauch von Religion wendet. Gerade an letzteres ist in diesem Zusammen-

hang zu erinnern: Vor dem Hintergrund von Islamophobie aus Anlass von Moscheebauten in anderen Städten (siehe Köln) ist es wichtig, ein Klima des Willkommens zu schaffen und nicht noch Ängste zu schüren. Die Al-Nour Gemeinde selbst hat dazu bislang den größten Beitrag geleistet, indem sie ihre Bereitschaft zum Dialog mit den BürgerInnen erklärt hat.

Im Übrigen passt auch hier die Feststellung: »Es rettet uns kein höh'res Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun.« Das haben bislang die allermeisten HornerInnen erkannt, die sich über die neuen NutzerInnen der Kirche sehr gelassen geäußert haben. Wenn es noch Bedenken gibt, so müssen sie im politischen Dialog diskutiert werden – allerdings nicht unter dem Vorzeichen von »christ«-demokratischer Abwehrhaltung. Ansonsten gibt es gerade in Horn vordringlichere Aufgaben: die Sorge um bezahlbaren Wohnraum, Bildungschancen für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche, sinnvolle und gut entlohnte Arbeitsplätze und Einkommen sowie eine lebenswerte städtische Infrastruktur.

Über die Entwicklungen in Horn, aber auch in den anderen Stadtteilen des Bezirks Mitte berichtet seit einigen Monaten meist gut informiert und ausführlich das neue Online-Magazin Hamburg-Mittendrin: <http://hh-mittendrin.de>.

Um noch ein weiteres Anliegen der CDU im Hinblick auf die Kapernaumkirche aufzugreifen: Die Anreise der Gläubigen mit Bus und Bahn kann gewährleisten, dass sich auch die AutobesitzerInnen unter den AnwohnerInnen nicht zu große Sorgen um ihre Parkplätze machen müssen. Am 12. Februar waren nach langem Drängen endlich HVV-Vertreter im Regionalausschuss zugegen. Eine gute Gelegenheit, für bessere Verbindungen gerade auch in Horn zu streiten, die viele BürgerInnen wahrgenommen haben – und das war wahrlich ein wichtigeres Thema an diesem Tag.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Neben den vielfältigen Informationen und Veröffentlichungen des Statistikamtes Nord (www.statistik-nord.de/) gibt es nun ein **neues Internetportal**, über das der Senat aktuelle Daten verbreitet (www.daten.hamburg.de). Zurzeit sind rund 70 Datensätze ins Netz gestellt, z.B. zum Leistungsbezug nach SGB II, zu Bebauungsplänen und zum Hamburger Verkehrsnetz – eine gute Voraussetzung für eine höhere Transparenz politischen Handelns und verbesserte Beteiligungsmöglichkeiten von BürgerInnen.

Stärker interessengeleitet – also auf Senatskurs – sind die Angaben auf dem **Hamburger Bildungsserver** zum Thema **Entwicklung und Lage der Wohnungsproblematik**. Nichtsdestoweniger finden sich hier Informationen, die in der politischen Auseinandersetzung nützlich sein mögen: <http://bildungsserver.hamburg.de/wohnungsversorgung-der-haushalte/2399242/wohnungsnot-in-hamburg.html>.

Die **Wohnungsnot** ist nur selten ein Thema der Musik, aber der Hamburger Peter Gutzeit ist bekannt für seine kritischen Kulturbeiträge, und so hat er auch einen Song dazu verfasst. Die Gruppe Gutzeit besingt in **»Das Haus am Schulterblatt«** eines der größten Probleme unserer Stadt. Zu hören und zu sehen ist das Lied unter http://www.youtube.com/watch?v=nAQECq_xHwY. Die Auseinandersetzungen um die Firma **Neupack** und das Aufkommen vermehrter Streiks haben die Gruppe Gutzeit zu einem weiteren Werk inspiriert, dafür heißt zu klicken unter <http://www.youtube.com/watch?v=fjRnMW1PuH4>.



Wem – auch als Hintergrund der typischen Metropolenprobleme – die historische Entwicklung einzelner Stadtteile am Herzen liegt, sollte sich bei den rund anderthalb Dutzend Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchiven umtun. Herausgekommen ist jetzt das neue **Kiek mol**, in dem ca. **200 Rundgänge** zu unterschiedlichen Schwerpunkten, aber immer stadtteilbezogen, erfasst sind. Ab März geht es wieder los, Zeit also, sich einen Überblick auf der Website www.Hamburger-Geschichtswerkstaetten.de zu verschaffen.

Komplett überarbeitet worden ist die **Hartz IV-Broschüre** des **DGB**. Die verständliche Handreichung umfasst 110 Seiten und gibt eine Menge Ratschläge und geldwerter Tipps. Es geht u.a. um Fragen zur Kranken- und

Rentenversicherung, aber auch aktuelle Entwicklungen wie die Neuregelung bei der Gebühreneinzugszentrale (GEZ). Die kostenfreie Broschüre kann ab sofort im Gewerkschaftshaus (Besenbinderhof 60) abgeholt werden.

Gerade neu erschienen ist auch die Ausgabe 2013/1 der **Mittlinks**, mit der die **Bezirksfraktion der LINKEN Hamburg-Mitte** über Baustellen der bezirklichen Arbeit informiert. Die Druckausgabe kann im Fraktionsbüro in der Borgfelder Straße 83 abgeholt oder unter www.linksfraktion-hamburg-mitte.de eingesehen werden. Das Harburger Rathaus (Harburger Rathausplatz 1) präsentiert vom **4. bis zum 22. März** eine **Fotoausstellung** mit dem Titel **»Fluss...UFER – Hamburger beleuchten Migration«**. Die Eröffnung erfolgt am Montag, 4. März, um 17.30 Uhr durch den Verein AGIJ e.V. und den Harburger Bezirksamtsleiter Thomas Völsch. Neugierige können sich die digitale Vorschau zu Gemüte führen: www.agij.de/flussufer-fotoausstellung-im-rathaus-hamburg.html.

Anlässlich des Internationalen Frauentages lädt das Hamburger Frauenbündnis am **Freitag, den 8. März**, zu einer Diskussion um 17 Uhr im ehemaligen HWP-Hörsaal der Universität Hamburg (Von-Melle-Park 9) ein. Es geht um **Gute Arbeit und Gutes Leben**, ein politisches Ziel, zu dem neben der Vorsitzenden des Landesfrauenrates Hamburg, Prof. Christa Randzioplath, auch Claudia Menne (Europäischer Gewerkschaftsbund), Prof. Frauke Schwarting (HAW) und Prof. Margarete Schuler-Harms (Helmut-Schmidt-Universität) sprechen werden. Ab 19 Uhr gibt's Gespräche bei Wein, Getränken und Brezeln, Jazz Invitation steuert Dinner Musik bei. Anmeldung bis zum 1. März unter projekt@landesfrauenrat-hamburg.de.



Das **Bündnis für ein Hamburger Deserteurdenkmal** bemüht sich seit langem – und durchaus erfolgreich – um die Würdigung der über Jahrzehnte »vergessenen« Opfer der Nazi-Justiz: die Kriegsdienstverweigerer und Deserteure, von denen bis 1945 ca. 30.000 hingerichtet wurden. Am **Samstag, den 16. März**, findet eine **Gedenkveranstaltung** auf dem ehemaligen Truppenschießplatz Höltigbaum statt, wo alleine im März/April 1945 85 Todesurteile gegen Deserteure vollstreckt worden sind. Am Haus der wilden Weiden (Eichberg 63, Bus 462 ab Busbahnhof Rahlstedt alle 30 min bis zur Endhaltestelle »Naturschutzgebiet Höltigbaum«) werden drei Zeitzeugen und der Historiker Magnus Koch auftreten, die musikalische Begleitung kommt von Peter Schenzer. Mehr unter www.Feindbeguenstigung.de. Vom Bezirksamt Wandsbek und der Landeszentrale für politische Bildung kam jüngst das Buch »Gedenken am Höltigbaum. Die Wandsbeker Bezirksversammlung erinnert an die Opfer der NS-Militärjustiz« heraus. Es kann gegen eine geringe Gebühr in der Landeszentrale (Dammtorwall 1) abgeholt werden.



Am **Dienstag, den 19. März**, 17.30 Uhr, geht es in der Ev. Stiftung Alsterdorf (Alte Küche, Alsterdorfer Markt 18) um das Thema **Hamburg! Gerechte Stadt. Inklusion und Arbeitsmarkt – wer oder was behindert wen?** Im Mittelpunkt dieses vom Diakonischen Werk organisierten Abends im Rahmen der »Veranstaltungsreihe zur sozialen Gerechtigkeit in Hamburg« stehen Menschen mit Behinderung und ihre erheblichen Probleme, den Lebensunterhalt mit Arbeit zu verdienen. Podiumsgäste sind Thomas Bösenberg (Inklusionsbüro Hamburg), Carsten Pählke (C. Pählke Personalmanagement GmbH), Kai Gosslar (hamburg work GmbH), Jürgen Hohmann und Lars Bruhn (ZEDIS Uni Hamburg), die Moderation hat Burkhard Plemper. Der Eintritt ist frei.

Die **Stadtwerkstatt** ist der vermeintliche Renner des SPD-Senats, mit dem die Forderung nach Verbesserung der Information in stadtentwicklungspolitischen Zusammenhängen und die nachhaltige BürgerInnenbeteiligung abgedeckt werden soll. Immerhin, hier besteht die Chance einer intensiven Auseinandersetzung mit einem bestimmten Schwerpunkt, das nächste Mal am **Mittwoch, den 20. März**, um 19 Uhr, im CCH, Saal 4, unter der Überschrift **Hamburgs mobile Zukunft – Wie bewegt sich die moderne Stadt?** Infos: www.hamburg.de/stadtwerkstatt.

Am **22./23. März** tagt in Hamburg die **Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Städtebau und Wohnungspolitik**, der Zusammenschluss der wohnungs- und stadtentwicklungspolitischen SprecherInnen der Linksfraktionen aus den verschiedenen Bundesländern und des Bundestages. Auf dem Programm stehen u.a. Exkursionen nach Wilhelmsburg, nach St. Georg und ins Gängeviertel.

Am **Samstag, den 23. März**, lädt DIE LINKE Hamburg zu einer **Energiepolitischen Konferenz** von 10.30 bis ca. 21 Uhr ins frisch renovierte Haus des Sports (Schäferkampsallee 1) ein. Bekanntlich steht den HamburgerInnen im September 2013 parallel zur Bundestagswahl ein Volksentscheid über die Energieversorgung bzw. deren Rekommunalisierung ins Haus. Die Linksfraktion hat dieses Thema auf ihrer Klausur am 24. Februar zu einem von zwei Schwerpunkten für das laufende Jahr erklärt. Und auch der Kongress am 23. März unterstreicht die Bedeutung des Themas für die Hamburger LINKE, daher dokumentieren wir hier Einladung und Programm.



ENERGIE FÜR ALLE

Demokratisch & sozial - dezentral & ökologisch

Am 22. September werden die Hamburgerinnen und Hamburger entscheiden, ob die Hamburger Energienetze (Fernwärme inkl. Wärmeerzeugung, Gas, Strom) in die Öffentliche Hand übernommen werden; diese gehören zur Zeit Vattenfall und E.on. In Berlin wird es einen Volksentscheid über das Stromnetz geben. Vattenfall, E.on & Co. torpedieren die Abschaltung von acht AKWs, bauen neue Kohlekraftwerke und lassen durch die Bundesregierung den Ausbau der Erneuerbaren bremsen. Sie treiben die Preise für Privatkunden in die Höhe, beschleunigen den Klimawandel und verdienen prächtig daran. So geht Energiewende nicht. Energieversorgung als gesellschaftliche Daseinsvorsorge muss dem Profitprinzip entzogen und von der Bevölkerung demokratisch kontrolliert werden. Eine wirkliche Energiewende schafft eine atom-, kohle- und konzernfreie dezentrale Energieversorgung, die Klimaschutz ermöglicht und Energiearmut verhindert. Sie ist das Herzstück eines sozial-ökologischen Umbaus der Gesellschaft.

Der SPD-Senat will demgegenüber die Energieversorgung Hamburgs Vattenfall und E.on ausliefern. Die Verträge des Scholz-Senats mit Vattenfall und E.on leisten weiterer Preistreiberei Vorschub und verhindern wirksamen Klimaschutz.

Die Übernahme der Energienetze in die Öffentliche Hand wird ein wichtiger Baustein für eine tatsächliche Energiewende sein. Die Stadt bekommt wieder Einfluss auf die Entwicklung der Energieversorgung, die Gewinne aus den Netzen bleiben in Hamburg. Der Erfolg des Volksentscheids wird die Tür aufstoßen zu einer sozial gerechten, klimaverträglichen und demokratisch kontrollierten Energieversorgung aus erneuerbaren Energien. **Deshalb unterstützen wir auch weiterhin die Volksinitiative „Unser Hamburg – unser Netz“.**

Die Rekommunalisierung der Fernwärmeversorgung und der Strom- und Gasnetze ist zugleich eine Offensive gegen die neoliberale Privatisierungspolitik, die nicht nur schlimmeres verhindern, sondern sie an einem strategisch wichtigen Punkt in Hamburg, Berlin und anderswo rückgängig machen will.

Wie kann eine wirkliche Energiewende durchgesetzt werden? Darüber wollen wir mit WissenschaftlerInnen, AktivistInnen außerparlamentarischer Bewegungen und PolitikerInnen diskutieren.

PROGRAMM DER KONFERENZ

am 23. März 2013

10:30 Eröffnung

11:00 Energiewende = Energiearmut und beschleunigter Klimawandel? Folgen der Energiepolitik der Bundesregierung

Gregor Gysi, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag
Sabine Wils (Moderation), MdEP DIE LINKE, im Europaparlament

12:30 Krise - Energiewende - Sozialökologischer Umbau. Zur strategischen Bedeutung der Energiefrage

Prof. Elmar Altvater, emeritierter Professor für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin.

13:30 Pause

14:30 Podiumsdiskussion: Energiekämpfe in Berlin, Hamburg und anderswo – Für uns – gegen die G4!
Stefan Taschner, Berliner Energiegesetz
Wiebke Hansen, Unser Hamburg – unser Netz

Prof. Wolfgang Methling, DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern

Moderation: Dora Heyenn, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion in Hamburg

16:00 Übernahme in die Öffentliche Hand: Fluch oder Segen für die Beschäftigten?

Ralf Marquardt, Prof. für Volkswirtschaftslehre an der Westfälischen Hochschule. Mitautor des Kritischen Handbuchs der Energiewirtschaft.

Hans Thie (Moderation), Referent für Wirtschaftspolitik, DIE LINKE, im Bundestag

17:30 Vattenfall und Co. schlagen zurück. Wie verhindern wir eine erneute Laufzeitverlängerung?

Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation, ausgestrahlt.

19:00 Podiumsdiskussion

Energiewende – die nächsten Schritte in eine nach-fossile Gesellschaft: Wie können sie gegen Konzerninteressen durchgesetzt werden?

Jan van Aken MdB DIE LINKE

Thorben Becker, Energiereferent des BUND

Jens Kerstan, Fraktionsvors. der Grünen in der Hamburger Bürgerschaft

Dorothee Menzner, MdB DIE LINKE, Energiepolitische Sprecherin

Alexis Passadakis, Politikwissenschaftler, Attac

Jochen Stay, ausgestrahlt

Hans Thie (Moderation), Referent für Wirtschaftspolitik, DIE LINKE, im Bundestag



Dabei sein ist eben nicht alles

von Frank Düchting



Illustration aus dem Tagungsflyer

Mit rund 150 TeilnehmerInnen fand am 16. Februar die »4. Konferenz zur sozialen Spaltung« statt. Unter dem diesjährigen Titel »Dabei sein ist (nicht) alles. Repräsentation, Partizipation und soziale Spaltung« wollte sich die »Arbeitsgemeinschaft Soziales Hamburg« - bestehend aus VertreterInnen verschiedener Sozialverbände, der HafenCity Universität und der Hochschule für Angewandte Wissenschaften - in die entbrannte Beteiligungsdebatte einmischen. Den Einleitungsbeitrag lieferte Frank Düchting, Studienleiter der Evangelischen Akademie der Nordkirche. Wir danken ihm dafür, dass er uns den leicht gekürzten Beitrag zur Verfügung gestellt hat:

Soziale Spaltungsprozesse haben vielfältige Formen und ebenso viele Ursachen. Uns interessieren dabei vor allem die gesellschaftlichen Machtkonstellationen, die Spaltung vertiefen und stabilisieren. Die Konferenz des letzten Jahres hat deutlich gemacht, wie die Veränderungen im Arbeitsmarkt die Spaltung der Gesellschaft vertiefen. Wie aber kommen wir nun zum Thema des heutigen Tages?

Dabei sein ist alles! - so der Titel des Tages - ein Spruch, den man sonst eher von Olympischen Spielen kennt. Hauptsache, man ist dabei. Gewinnen ist zweitrangig; dabei zu sein reicht schon. So ist es ja gelegentlich auch in Partizipationsprozessen: Man ist dabei, man darf mitmachen, man darf klicken und posten, man darf sich am Kommunikationsfeuerwerk professioneller ModeratorInnen erfreuen. So viel »Beteiligung« - in Anführungszeichen - war noch nie, hat man den Eindruck. Aber: Nur mitzumachen, nur dabei zu sein, reicht eben nicht aus. Dabei zu sein, ohne wirklich Einfluss nehmen zu können, ohne dass die erarbeiteten Ergebnisse auch umgesetzt werden, ist nur »Scheinbeteiligung«. Und deshalb steht das »nicht« in unserem Titel. Dabei sein ist nicht alles!

Heutzutage ist kaum ein Projekt denkbar, in dem nicht die Bürger zu »Experten des Alltags« erklärt werden und bei dem ihre »Vor-Ort-Kenntnisse« in die Planungen eingehen sollen.

Entsprechend machen viele mit, beteiligen sich an world cafés, Planungszirkeln, Stadtgesprächen, Zukunftskonferenzen und können im Netz permanent auf grenzdebile »like-buttons« drücken. Es wird von E-Democracy, von Liquid Democracy, von Recht auf dies und das gesprochen. Gleichzeitig wird deutlich, dass sehr viele Menschen das Vertrauen in die Lösungskompetenz der Politik verloren haben. Entsprechend werden Regierungen, wie z.B. in Hamburg, nur noch von wenig mehr als der Hälfte der wahlberechtigten Inländer gewählt. Zugespitzt könnte man meinen, dass die vielen »Scheinbeteiligungsmöglichkeiten« eine Form der Ablenkung von dem zentralen Problem der Demokratie sind, nämlich der Herrschaft weniger über viele. Wer will, der kann doch mitmachen! Und wer nicht will - der hat schon. Neil Postman sprach schon 1985 davon, dass wir uns in der unendlichen Medienwelt zu Tode amüsieren. Er kannte natürlich noch nicht die Realität des medialen Overflows heutiger Tage. Das von ihm beschriebene Infotainment hat Klaus Selle auf die Beteiligungseuphorie übertragen: Particitainment nennt er das.¹ Manche sagen schon: bloß nicht schon wieder ein weiteres Beteiligungsverfahren, wie z.B. bei der IBA in Wilhelmsburg. Davon habe ich schon genug erlebt!

Aber was ist mit den vielfältigen Protesten? Sie sind doch Ausdruck von selbstgemachter Beteiligung, oder? Sind sie

¹ Klaus Selle: Bürgerbeteiligung als »Particitainment«? In: IBA-Hamburg (Hrsg.): Metropole: Zivilgesellschaft. Bd. 6. Hamburg 2012.



Frank Düchting

nicht ein Aufbruch in neue demokratische und republikanische Zeiten, in denen die Bürgerinnen und Bürger des Staates die Politik wieder selbst gestalten und sie nicht weiter den Parteien, Lobbys, Experten und Parlamenten überlassen wollen? Aus etlichen Untersuchungen zu dem Thema wird sehr deutlich, dass Partizipation eine Sache der gebildeten, weißen Mittelschicht war und ist, einer Schicht, die über genügend Ressourcen, sowie soziales und kulturelles Kapital verfügt.

Soeben haben Forscher aus Göttingen neue soziologische Ergebnisse zum Innenleben der Protestbewegungen vorgelegt. Von Occupy über das Wendland, von ACTA über die Hamburger Schulreform, bis zu Recht auf Stadt und Energiewende haben sie in Deutschland genau danach gefragt. Die Ergebnisse belegen erneut: Es engagieren und beteiligen sich Menschen mit Zeit, Geld, Bildung und guten sozialen Kontakten; sie sind zu 75% männlich und vorzugsweise Ingenieure, wenn es um Infrastrukturfragen wie Bahnhöfe oder Pumpspeicherwerke geht. Und zu 75% weiblich, wenn es um Bildungs- und Sozialfragen geht. Das Engagement wird vorwiegend von kinder- und konfessionslosen Menschen getragen, die häufig als Selbständige arbeiten, die zeitlich flexibel sind und eher älter als jung sind.

Nun ist es nicht neu, dass aus Verelendung und Armut nicht unbedingt die Kraft zum politischen Kampf erwächst. Neu aber, so Franz Walter, ist, dass die ehrbaren kleinen Leute

mit respektablen Qualifikationen für die manuelle Arbeitswelt nicht mehr mit von der Partie sind, wenn StaatsbürgerInnen sich zusammenschließen, um sich öffentlich zu verweigern. »Je anspruchsvoller das Partizipationsbegehren ist, desto stärker schlägt die Bildungsbürgerlichkeit durch.« So »erweitert sich die Kluft zu den Angehörigen nichtakademischer Schichten, die sich schon atmosphärisch am falschen Platz fühlen... Die neue Partizipationsdemokratie fördert keineswegs die zivilgesellschaftliche Integration, sie öffnet vielmehr die Schere zwischen »unten« und »oben« noch mehr, vertieft also die soziale Ungleichheit, statt sie einzudämmen«, so abschließend der Göttinger Forscher.²

Das genau ist unsere Motivation, diese Tagung zum Thema »Soziale Spaltung und Beteiligung« durchzuführen. Dabei sein ist eben nicht alles. Natürlich wollen wir damit nicht das Engagement der vielen Menschen in Initiativen und Gruppen diskreditieren. Natürlich ist Protest gut und wichtig. Aber wenn wir ahnen, dass von einer inklusiven Gesellschaft, auch bei der Beteiligung, nicht die Rede sein kann, dann muss das analysiert und besprochen werden.

² Franz Walter u.a.: Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? Reinbek 2013. S. 309.

»Hamburger Mindestlohn«: LINKE Positionen

von Tim Golke und Meinulf Kroen



Zollzaunabriss in Hamburg, 12.1.2013 (dpa)

Das nachfolgende grundlegende Papier wurde für die Linksfraktion erarbeitet und der Öffentlichkeit zur anhaltenden Mindestlohn-Debatte unterbreitet.

A. Mindestlohngesetz

Grundsätzliches

Der Sozialausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft hat am 20. Februar 2013 eine öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf des Senats durchgeführt. Die SPD-Fraktion hatte im Vorfeld einer Expertenanhörung nicht zugestimmt, und das Verwenden des parlamentarischen Minderheitsrechts der öf-

fentlichen Anhörung als Verschleppung des Mindestlohns bezeichnet. Das ist schlicht falsch, denn die Fraktion DIE LINKE hatte schon am 18. April 2012 einen Gesetzentwurf für ein Mindestlohngesetz in die Bürgerschaft eingebracht. Die SPD-Fraktion hat sich jedoch einer Diskussion im Ausschuss verweigert. Wäre dies passiert, könnten wir in Hamburg schon jetzt ein gültiges Mindestlohngesetz haben.

1. Höhe des Mindestlohns

Die vom Senat vorgeschlagene Höhe des Mindestlohns beträgt lediglich 8,50 Euro pro Stunde. Dazu ist zu sagen, dass nach gewerkschaftlichen Berechnungen für eine/-n Alleinle-

bende/-n in Hamburg bei einer 38-Stunden-Woche ein Mindestlohn von 8,88 Euro pro Stunde notwendig wäre, um nur gerade außerhalb der Abhängigkeit von Transferleistungen zu leben. Nach den Vorstellungen der LINKEN darf sich ein Mindestlohn nicht nur an Grenzen von Transferleistungsbezug oder untersten Gruppen von Tarifverträgen orientieren, sondern muss geeignet sein, dafür zu sorgen, auch im Alter unabhängig von Transferleistungen leben zu können. Daher fordert DIE LINKE schon seit langem einen Eingangsmindestlohn von 10,00 Euro pro Stunde und – orientiert an der OECD-Niedriglohndefinition – mittelfristig eine Aufstockung des Mindestlohns auf zwei Drittel des Medianlohns (2009 waren das: 1.784 Euro pro Monat).

2. Fehlen der Mindestlohnkommission

Die Mindestlohnkommission ist ein Standard bei einem Mindestlohngesetz. Sie hat die Aufgabe, in einer bestimmten Frist (z.B. jährlich) dem Senat einen Vorschlag für eine Erhöhung des Mindestlohns zu machen. Der Vorschlag darf den Grundmindestlohn (Senatsvorlage: 8,50 Euro/Unsere Forderung: 10 Euro pro Stunde) nicht unterschreiten.

Aus verfassungsrechtlichen Gründen wird der neue Mindestlohn dann vom Senat durch Verordnung erlassen. Die Mindestlohnkommission wird paritätisch aus ArbeitgeberInnen- und ArbeitnehmerInnen-VertreterInnen besetzt und sichert so den Einfluss der Tarifpartner auf den Mindestlohn. Eine Mindestlohnkommission fehlt im Gesetzentwurf des Senats jedoch völlig.

3. Sanktionsmechanismen

Im Entwurf zum Mindestlohngesetz des Senats fehlen ebenfalls völlig Kontroll- und Sanktionsmechanismen für den Fall, dass unter das Mindestlohngesetz fallende ArbeitnehmerInnen einen Lohn unterhalb des Mindestlohns bekommen. Eine Mindestlohnkommission gibt es bereits für die Vergabe in Rheinland-Pfalz und Brandenburg und im Bremischen Mindestlohngesetz.

B. Änderungsgesetz zum Vergabegesetz

1. Tariftreueklausel im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Ein wichtiger, im Gesetzentwurf des Senats inhaltlich fehlender Punkt ist die Ausschöpfung der Tariftreueklausel bis an die Grenze des nach der EU-Rechtsprechung Möglichen. So wird zwar die Tariftreue schon jetzt durch bestehende allgemeinverbindliche Tarifverträge und zukünftig durch den Mindestlohn nach dem Hamburgischen Mindestlohngesetz gestaltet. Eine rechtlich mögliche Bindung von Vergaben im ÖPNV-Bereich an Tarifverträge fehlt jedoch völlig.

Hier sind bundesweit unterschiedliche Regelungen in Kraft. Beispielhaft werden in Berlin bei Vergaben in diesem Bereich von der Vergabestelle ein oder mehrere Tarifverträge aus dem Verkehrsbereich zur Grundlage der Vergabe gemacht. In Nordrhein-Westfalen gibt es demgegenüber eine Pflicht des neuen Betreibers zur Übernahme der Beschäftigten des alten Betreibers zu den Tarifkonditionen des alten



Auch eine Verteilungsfrage: UmFAIRteilen-Demo am 29.9.2012 (Foto: M. Joho)

Betreiberbetriebes. Beide Lösungen sind mit den Vorgaben der EU vereinbar, denn hier gilt aufgrund der besonderen Situation des öffentlich subventionierten ÖPNV die Sozialklausel der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates (ABl. L 315 vom 3. Dezember 2007, S. 1).

2. Berücksichtigung von Umweltbelangen

Der Gesetzentwurf des Senats geht in Fragen von Umweltbelangen teilweise in die richtige Richtung, bleibt jedoch an einigen Stellen hinter den Möglichkeiten und zum Teil hinter im Bundesgebiet schon geltenden Standards zurück. Die Änderungen sollen dabei helfen, die Vergabe nachhaltiger zu gestalten, nach Möglichkeit sollen Ressourcen geschont werden und Emissionen, z.B. durch den Einsatz emissionsfreier Fahrzeuge, vermieden werden. Zudem soll laut Gesetzentwurf bei der Beschaffung der gesamte Lebenszyklus eines Produktes betrachtet werden. Problematisch ist hier, dass diese Regelungen sämtlich unter dem Vorbehalt von Ermessen stehen und eine konsequente Ausrichtung der staatlichen Beschaffung an Umweltbelangen außerdem eine zusätzliche Qualifikation der BeschafferInnen erfordern würde, die ebenfalls im Gesetzentwurf des Senats nicht vorgesehen ist.

3. Berücksichtigung von sozialen Belangen

Das Thema faire Beschaffung im Hinblick auf soziale Belange ist im Gesetzentwurf des Senats leider nicht enthalten. Bisher gilt nach dem Hamburgischen Vergabegesetz die Beachtung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Die ILO-Kernarbeitsnormen sind für eine konsequente Durchsetzung von fairer Beschaffung jedoch schlicht zu allgemein. So gelten bei bestimmten, verdachtsweise unter Missachtung der ILO-Kernarbeitsnormen hergestellten Waren nur Pflichten zu Nachweisen oder Eigenerklärungen der LieferantInnen. Eine Kontrolle der Einhaltung dieser Erklärungen findet über die Bindung an Zertifikate hinaus, bei denen eine bestmögliche Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen gefordert wird, nicht statt. Eine verschärfte Forderung nach fairer Beschaffung ist jedoch europarechtlich unproblematisch.

4. Kontroll- und Sanktionsmechanismen

Im aktuell gültigen Vergabegesetz von 2006 sind schon leichte Kontroll- und Sanktionsmechanismen enthalten. So soll zumindest regelmäßig eine Vertragsstrafe in Höhe von einem Prozent der Vertragssumme möglich sein, die sich auf bis zu 5 % der Vertragssumme aufsummieren kann, z.B. bei Verstößen gegen die ILO-Kernarbeitsnormen. Bei Kontrollen kann die kontrollierende Behörde auch Einsicht in die Unterlagen zur Lohnbuchhaltung von AuftragnehmerInnen und NachunternehmerInnen nehmen und die zwischen diesen geschlossenen Werkverträge einsehen. Denkbar wären dazu z.B. Präqualifizierungssysteme, die es Unternehmen ermöglichen, für einen bestimmten Zeitraum nachzuweisen, dass sie konform den Regelungen im Vergabegesetz arbeiten. Im Gesetz-

entwurf des Senats ist die Einführung eines solchen Systems jedoch in das Ermessen der für Grundsatzfragen des Vergaberechts zuständigen Behörde gestellt.

Um wirkliche Sozial- und Umweltstandards in der Vergabe einzuführen, wäre jedoch mehr nötig als bisher geregelt wird und ebenfalls mehr als aktuell vorgeschlagen ist. Vorbild kann hier das Bremer Tarifreue- und Vergabegesetz sein, das den/die öffentliche/n Auftraggeber/in verpflichtet, die von ihm geforderten Mindeststandards auch zu überprüfen. Dazu ist eine Sonderkommission auf Senatsebene eingerichtet worden. Zwar macht es keinen Unterschied, ob die vergebende Behörde oder eine aus BeamtInnen besetzte Sonderkommission kontrolliert. Wenn jedoch an dieser Kommission Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften eingebunden werden, kann durch ihre spezifischen Kenntnisse eine wirksamere Kontrolle erreicht werden. Neben einer solchen Kommission und empfindlichen Vertragsstrafen bei schweren Verstößen sind auch mehrjährige Ausschlüsse von weiteren Vergaben notwendig.

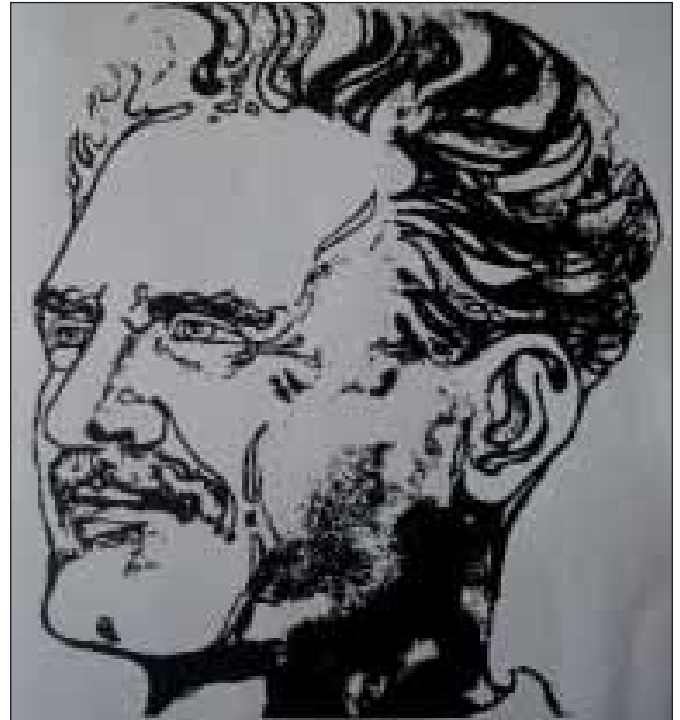
C. Fazit

Der Gesetzentwurf des Senats ist aus Sicht der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft die konsequente Weiterführung der bisherigen Senatspolitik. Es soll keine regelhafte Beteiligung z.B. der TarifpartnerInnen am Mindestlohngesetz geben, der Senat entscheidet alleine über die Höhe des Mindestlohns. Darüber gibt es dann aber auch für die Zukunft keine Sicherheit für eine Erhöhung des Mindestlohns, weil ein zukünftiger, dem Mindestlohn kritisch gegenüberstehender Senat die Möglichkeit hätte, schlicht nicht zu erhöhen. Ein Votum einer Mindestlohnkommission, dem nicht gefolgt wird, hat dann aber wenigstens eine gesellschaftliche Debatte zur Folge, ggfs. auch gesellschaftlichen Druck. Gleiches gilt für die unzureichende Tarifreueklausel im Vergabegesetz.

Eine gute tarifliche Bindung lässt sich im ÖPNV-Bereich nach dem Entwurf des Senats nur durch freihändige Vergaben erreichen. Diese sind im Bereich von S-Bahn und Hochbahn auch nicht ausgeschlossen – die Hochbahn ist als rein städtisches Unternehmen bei der Vergabe privilegiert, die S-Bahn ist aufgrund des Stromsystems und der Verfügbarkeit der entsprechenden Fahrzeuge nur eingeschränkt vergabefähig. Im Busbereich ist jedoch auch eine Weisung der EU, eine europaweite Ausschreibung vorzunehmen, wahrscheinlich. Bei einer fehlenden Tarifreueklausel im Vergabegesetz sind für diesen Fall die Beschäftigten im Busbereich ungeschützt.

Offen ist auch nach der öffentlichen Anhörung, wann nach in Kraft treten des Gesetzes auch die Umsetzung durchgeführt wird. Dafür müssen z.B. im Bewachungsbereich bestehende Verträge geändert werden. Der Senat hat versprochen, dass dieses ganz zeitnah geschehen wird. DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft wird das kritisch begleiten und jedem Versuch einer Verzögerung der Umsetzung des Gesetzes entschieden widersprechen.

Kulturipp: Rosa und Nazim



Von den Besuchen der weltbekannten Sozialistin **Rosa Luxemburg** (1870-1919) in Hamburg zeugt noch heute eine Akte im Staatsarchiv, in der die Berichte von Spitzeln der Politischen Polizei – den so genannten Vigilanten – zu finden sind. Nicht einfach zu lesen, da meist handgeschrieben in Sütterlin, aber höchst spannend. Anlässlich ihres 142. Geburtstages lädt DIE LINKE Eimsbüttel am Dienstag, den 5. März, von 17 bis 18 Uhr zu einer kleinen Feier in Wehbers Park (nahe der U-Bahn Emilienstraße) ein. Als Motto dient ein prägnanter Spruch von Rosa Luxemburg: »Die Revolution ist großartig. Alles andere ist Quark.«

Im Wehberschen Park befindet sich – den meisten HamburgerInnen unbekannt – der Rosa Luxemburg-Garten, der am 11. Juni 2006 offiziell diesen Namen bekam. Initiator für diese Benennung war der Künstler (und Autor des Bändchens »Ein Gartenstück für Rosa Luxemburg«) Gerd Stange, der hier das Kunstprojekt »Ein Gartenstück für Rosa Luxemburg« als Ort des Vor- und Nachdenkens angesiedelt hatte. Und tatsächlich hielt etwa an dieser Stelle – in einem ehemaligen Gartenlokal – Rosa am 13. Dezember 1900 ihre erste große Rede auf hamburgischem Boden, und zwar über »Weltpolitik und Sozialdemokratie«. Gerd Stanges Interesse gilt vor allem der Per-

sönlichkeit der am 19. Januar 1919 von der Konterrevolution ermordeten Sozialistin. Ihre Gefängnisbriefe von 1917/18 inspirierten den Künstler, und so wurden sie zum Ausgangspunkt des Gartens, wo bereits seit 2004 szenische Lesungen stattfinden. Beteiligt sind an der Geburtstagsfeier neben Gerd Stange auch die Vorsitzende der DGB-Jugend Isabel Artus, die Autorin Peggy Parnass und von der LINKEN Ralf Peters und Gerald Kemski. TeilnehmerInnen werden gebeten, Blumen – und wer hat – auch Fahnen mitzubringen.

»Leben wie ein Baum, einzeln und frei/doch brüderlich wie ein Wald/das ist unsere Sehnsucht.« Wer kennt diesen Satz nicht? Er entstammt dem Gedicht »Davet« (Die Einladung) des türkischen Schriftstellers **Nazim Hikmet** (1902-1963). Diesem ebenfalls berühmten Sozialisten ist eine Ausstellung im Gewerkschaftshaus (Besenbinderhof 60) gewidmet. Sie veranschaulicht sein bewegtes, von politischem Engagement, Verfolgung und Exil geprägtes Leben. Gestorben und beerdigt in Moskau wurde er erst 2009 von der türkischen Regierung posthum wieder eingebürgert. Die Ausstellung wird am Freitag, den 1. März, um 18 Uhr mit einer Lesung von Gedichten Hikmets durch Rolf Becker eröffnet, Gurup Cemre sorgt für die musikalische Begleitung.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.